

Betreff:

Einschnitte bei der Wasserschutzpolizei
- gem. Dringlichkeitsantrag von CDU und SPD vom 02.11.2012 -

Antragstext:

Wie man der lokalen Tagespresse entnehmen konnte plant das Land Hessen, die Wasserschutzpolizeistation auf der Maaraue zu schließen. Hintergrund sei eine Vereinbarung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland, künftig im Bereich Polizei zu kooperieren und Einsparmöglichkeiten auszuloten.

Die Schließung ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der schnellen Hilfemöglichkeit bei Notfällen auf dem Wasser problematisch. Die Station hat weiterhin eine erhebliche Sicherheitsfunktion auf der Maaraue. Die Schließung würde das subjektive Sicherheitsgefühl verschlechtern und die objektive Sicherheitslage auf der Halbinsel verändern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

- 1.) mit dem Land Hessen umgehend Kontakt aufzunehmen und sich über den genauen Sachstand zur Schließung/ Verlegung der Wasserschutzpolizeistation informieren zu lassen.
- 2.) auf das Land Hessen einzuwirken, von der Verlegung/ Schließung der Station auf der Maaraue Abstand zu nehmen.
- 3.) zu prüfen, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden bei der Auswahl der Schließung/ Verlegung der Station beteiligt werden kann oder muss.
- 4.) an die Landtagsabgeordneten des Landes Hessen – insbesondere die Wiesbadener Landtagsabgeordneten Horst Klee, Florian Rentsch, Ernst-Ewald-Roth und Astrid Wallmann – die Bitte heranzutragen, sich gegen die Schließung der Station auf der Maaraue auszusprechen.
- 5.) dem Innenminister die Haltung der Stadt Wiesbaden darzulegen und auf eine Aufrechterhaltung der Station hinzuwirken.
- 6.) im Falle einer nicht vermeidbaren Auflösung oder Verlegung zu berichten, welche mögliche Folgenutzung zur weiteren Verwertung in Betracht gezogen werden könnte.

Wiesbaden, 06.11.2012